

# Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord

„Dort kämpfen wo das Leben  
ist:

100 Jahre Frauenwahlrecht!“

Plakat der



Samstag, 14. April 2018  
Jugendherberge Korbach  
und Sonntag, 15. April 2018  
Bürgerhaus Korbach



## Vorläufige Tagesordnung der Bezirkskonferenz

**Samstag, 14. April 2018**

**Jugendherberge Korbach, Enser Straße 9,  
34497 Korbach**

- bis 14.00 Uhr:     Anreise  
                      Danach Zimmervergabe**
- 14.30 Uhr           Beratung in Arbeitsgruppen**
- AG 1             L 1, IR, O**
- AG 2             B, S, F, U**
- 16.00 Uhr:         Kaffee und Kuchen**
- 16.30 Uhr:         Fortsetzung der Antragsberatung**
- 18.00 Uhr:         Abendessen**
- 20.00 Uhr:         Diskussionsveranstaltung zum Thema  
                      „Ein Relikt von Vorgestern! Das Werbeverbot für  
                      Schwangerschaftsabbrüche (STGB § 219a) in der  
                      Kritik“  
                      mit Dr. Kristina Hänel, Ärztin aus Gießen  
                      (angefragt)**
- 22.00 Uhr:         Gemütliches Beisammensein/Kneipentour**

**Sonntag, 15. April 2018**  
**im Bürgerhaus Korbach, Kirchstraße 7,**  
**34497 Korbach**

10.00 Uhr: **Konstituierung**

- Wahl eines Präsidiums (3 Mitglieder)
- Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (8 Mitglieder)
- Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung der Geschäftsordnung

10.15 Uhr: **Grußworte**  
Martina Werner, MdEP, Stellv. SPD-Bezirksvorsitzende  
Kevin Kühnert, Juso-Bundesvorsitzender  
Siegfried Richter, AG 60 Plus Bezirksvorsitzender

ca. 11.00 Uhr **Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes**  
Aussprache  
Bericht der Kontrollkommission  
Entlastung des Bezirksvorstandes

11.30 Uhr **Referat zum Thema: „100 Jahre Frauenwahlrecht“**  
**von Susanne Selbert, Erste Kreisbeigeordnete des**  
**Landkreises Kassel und zukünftige Landesdirektorin des**  
**Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LWV)**

Danach **Aussprache zum Referat**

Danach **Einbringung des Leitantes L 1 des Bezirksvorstandes**

Danach **Aussprache zum Leitantrag**

Danach **Antragsberatung und Wahlen**

13.00 Uhr **Mittagspause**

13.45 Uhr: **Antragsberatung und Wahlen**

**Wahlen:**

- Bezirksvorsitzende/Bezirksvorsitzender
- stellv. Bezirksvorsitzende/Bezirksvorsitzender (Bundesausschuss)
- stellv. Bezirksvorsitzende (7)
- Kontrollkommission (8)
- Bundeskongressdelegierte (9)
- Nominierungen

16.30 Uhr **Verleihung Juso h.c. an Andreas Schaake und Oliver**  
**D´Antonio**

17.30 Uhr: **Schlusswort und Ende der Konferenz**

## Geschäftsordnung

1. Die Bezirkskonferenz wird von einem gewählten Präsidium geleitet, das aus drei Mitgliedern besteht: 2 Präsidium, 1 SchriftführerIn.  
Über die Bezirkskonferenz wird eine Niederschrift angefertigt. Der Versammlungsleitung stehen als Hilfsorgane eine Mandatsprüfungs- und Wahlkommission zur Verfügung.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der ordentlichen Delegierten anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit gilt so lange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird. Die Feststellung der Beschlussfähigkeit obliegt dem Präsidium.
3. Das Wort wird in der Reihenfolge der eingegangenen Wortmeldungen erteilt. Mitglieder des Bezirksvorstandes müssen während des Tätigkeitsberichtes auch außerhalb der Reihenfolge gehört werden.
4. Anträge zur Tagesordnung können nur bis zur Beschlussfassung über die Tagesordnung gestellt werden.  
Anträge zur Geschäftsordnung sind jederzeit möglich. Zu jedem Geschäftsordnungsantrag kann nur je einE RednerIn dafür und dagegen das Wort ergreifen.  
Initiativanträge können nur dann zugelassen werden, wenn der Inhalt des Antrages auf einem besonders aktuellen Anlass basiert. Im Zweifel entscheidet die Konferenz ohne Sachdebatte über die Zulässigkeit eines Initiativantrages. Initiativanträge müssen von 15 Delegierten aus mindestens zwei Unterbezirken durch Unterschriften unterstützt sein.  
Änderungsanträge müssen schriftlich beim Präsidium und als Word-Datei auf einem USB-Stick im Tagungsbüro bis zum Änderungsantragsschluss eingereicht werden.
5. Die Redezeit der DiskussionsrednerInnen beträgt längstens fünf Minuten. Eine Verlängerung der Redezeit bedarf der Zustimmung der Konferenz.  
Der Antrag auf Schluss der Debatte ist jederzeit möglich. Er kann nur von Delegierten gestellt werden, die sich an der Aussprache zu der betreffenden Sache nicht beteiligt haben.  
Die Abstimmung über Anträge auf Schluss der Debatte erfolgt, wenn Gelegenheit zur Stellungnahme je einmal für und gegen den Antrag gegeben war.
6. Die Wahlen finden geheim nach der Wahlordnung der Partei statt.

## **ANTRAGSSPIEGEL**

### **L Leitantrag**

- L 1 Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen-  
Für eine Sozialdemokratie, die Wort hält      Bezirksvorstand

### **IR Innenpolitik, Recht und Digitales**

- IR 1 Sanktionen für den Verstoß gegen  
die Mietpreisbremse      Unterbezirk Marburg-Biedenkopf  
IR 2 Wahlrecht für Migrant\*innen      Unterbezirk Marburg-Biedenkopf  
IR 3 (K)ein Knall an Silvester      Unterbezirk Kassel-Stadt  
IR 4 Behördengänge digital erledigen      Unterbezirk Kassel-Land  
IR 5 Gesetzliche Verankerung der  
Netzneutralität      Bezirksvorstand

### **B Bildung**

- B 1 Flickenteppich bei digitaler Bildung  
beseitigen      Unterbezirk Schwalm-Eder  
B 2 Finanzbildung für alle      Unterbezirk Schwalm-Eder

### **S Soziales**

- S 1 Arbeitgeberzuschuss zur gesetzlichen  
Krankenversicherung für Beamte      Unterbezirk Schwalm-Eder  
S 2 Gesetzliche Krankenversicherung für  
Beamtinnen und Beamte attraktiv machen      Unterbezirk Marburg-Biedenkopf  
S 3 Verteilungsschlüssel für Pflegekräfte-  
Situation der Pfleger\*innen verbessern      Unterbezirk Kassel-Stadt

### **F Finanzen**

- F 1 Veränderung der Verteilung des  
Solidaritätszuschlags      Unterbezirk Kassel-Stadt

### **U Umwelt, Tiere und Ernährung**

- U 1 Pflanzliche Ernährung unterstützen      Unterbezirk Kassel-Stadt  
U 2 Nein zum Tierwohllabel – Ein Tierwohllabel  
kann sozialdemokratische Kritik  
nicht ersetzen      Unterbezirk Kassel-Stadt  
U 3 Lebensmittelverschwendung ernsthaft  
bekämpfen      Unterbezirk Kassel-Stadt  
U 4 Keine (Wild)-tiere im Zirkus      Unterbezirk Kassel-Stadt

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord •  
Antragsspiegel**

- |     |   |                         |
|-----|---|-------------------------|
| U 5 | Saatgut ist Kulturgut – ein überlebens-<br>notwendiges Erbe in Gefahr | Unterbezirk Kassel-Land |
| U 6 | Mikroplastik  | Bezirksvorstand         |

**O Organisation und Satzung**

- |     |   |                         |
|-----|---|-------------------------|
| O 1 | Auflösung und Streichung der Unterkreise<br>im Bezirk Hessen-Nord | Unterbezirk Kassel-Land |
| O 2 | Wir schreiten nicht Seit an Seit mit Nazis                        | Bezirksvorstand         |
| O 3 | Diskussionsforen auf SPD-Landesebene                              | Bezirksvorstand         |

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

<u>Antrag:</u>	L 1
<u>Antragsteller:</u>	Bezirksvorstand
<u>Adressat:</u>	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Verlorenes Vertrauen zurückgewinnen – Für eine Sozialdemokratie, die Wort hält

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 **I. Inhaltliche Erneuerung der Partei**

4  
5 **1. Eine Vision für Europa**

6 Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs erlebt der europäische Kontinent eine nie dagewesene  
7 Phase des Friedens und der Freundschaft zwischen den Nationen. Aus Feinden sind  
8 Partner\*innen geworden. Der Hauptgrund dafür ist die Europäische Union (EU), die seit ihren  
9 Anfängen als Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der gemeinsamen  
10 Verfolgung wirtschaftlicher Ziele über die Jahrzehnte hinweg zu einer Werteunion gewachsen  
11 ist. Wohlstand und Frieden in den Ländern, die der EU angehören konnten wachsen, da man  
12 nationale Egoismen über Bord warf, um als Gemeinschaft zusammenzuarbeiten.

13  
14 Mittlerweile erleben wir eine Phase in der EU-Geschichte, in der in allen Mitgliedsstaaten für  
15 überwunden geglaubte Kräfte vermehrt an Auftrieb gewinnen. Die AfD in Deutschland, der  
16 Front National in Frankreich, die PiS in Polen, der Fidesz in Ungarn oder die Partij voor de  
17 Vrijheid in den Niederlanden: Überall gewinnen Parteien an Zuspruch, die aufgrund ihrer  
18 Forderungen und ihrer Rhetorik mal als rechtspopulistisch, mal als rechtsextrem bezeichnet  
19 werden. Gleich ist ihnen vor allem, dass sie ein Europa wollen, dass wieder mehr in nationalen  
20 Grenzen denkt und die Zusammenarbeit untereinander beschränkt.

21  
22 Diesem nationalistischen und rückwärtsgewandten Politikentwurf muss die SPD die Idee der  
23 Vereinigten Staaten von Europa entgegensetzen. Unsere Lösung für die Krise der EU darf nicht  
24 weniger, sondern muss mehr Europa sein. Hierfür braucht es vor allem die Einführung einer  
25 europäischen Sozialpolitik und eine grundsätzliche Umkehr in der europäischen  
26 Wirtschaftspolitik – vom neoliberalen Glauben an den Markt hin zu einer an den Bedürfnissen  
27 der Menschen ausgerichteten Wirtschaftsordnung, die wirtschaftliche Ungleichheiten in Europa  
28 aktiv bekämpft. Es muss Schluss sein mit der sogenannten Austeritätspolitik, die durch  
29 Privatisierungen und die Einschränkung von Arbeitnehmer\*innenrechten zu einer  
30 Prekarisierung des Arbeitsmarkts in den betroffenen Ländern geführt hat.

31  
32 Ein Europa, das schützt und Solidarität bietet, muss breiter ansetzen als mit undeutlich  
33 formulierten Plänen für Mindestlöhne, Grundsicherung oder Vermeidung von Steuerflucht.  
34 Notwendig ist eine konkrete Umsetzung sozialer Rechte durch ein Verfahren zur Vermeidung  
35 sozialer Ungleichgewichte in der EU, ein massives Investitionsprogramm für Bildung,  
36 Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Steuerharmonisierung, der breit angelegte Kampf gegen die  
37 grassierende Jugendarbeitslosigkeit durch einen umfassenden europäischen Jugendplan und  
38 nach Wirtschaftsleistung gestaffelte gemeinsame Standards in einem europäischen Sozialpakt.

39  
40 Sollen sich die Bürger\*innen der EU mit ihr identifizieren, muss die Zukunft der EU auf einem

41 besseren Dialog zwischen den Institutionen und den Bürger\*innen und einer demokratischen  
42 Kontrolle durch die Menschen beruhen. Die gegenwärtige Einrichtung der EU bleibt aber hinter  
43 demokratischen Grundsätzen zurück. Um dem entgegenzuwirken, braucht es mittelfristig einen  
44 neuen Verfassungsgebungsprozess, durch den die EU zu einer Republik mit tatsächlicher  
45 Gewaltenteilung weiterentwickelt wird, welche das Parlament zur starken Legislative macht, die  
46 Kommission zur Exekutive ausgestaltet und den Rat zu einer zweiten Gesetzgebungskammer  
47 der Regionen umbaut. Indem wir Projekte wie das Erasmus-Plus-Programm ausbauen, die  
48 einen Vorläufer einer EU-Bürger\*innenschaft darstellen können, machen wir die Verständigung,  
49 die ein fortschrittliches Europa ausmacht, für mehr Menschen erlebbar. Gleichzeitig müssen  
50 Entscheidungsprozesse inklusiver und transparenter gestaltet werden, sodass Europa einen  
51 Ort darstellt, an dem die eignen Rechte verstärkt und ausgebaut werden.

52  
53 Nur durch Solidarität und politischen Willen zur Zusammenarbeit lassen sich die  
54 Herausforderungen unserer Zeit, wie zum Beispiel die Migrationsgesellschaft, meistern.  
55 Deshalb brauchen wir eine Neuordnung der Asyl- und Migrationspolitik, die die Verantwortung  
56 Europas ernstnimmt, Menschen auf der Flucht eine sichere Heimat zu bieten. Es bedarf  
57 verbindlicher Standards der Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung in Bildungssysteme,  
58 Arbeitsmärkte und die Aufnahmegesellschaft. Gleichzeitig müssen legale und sichere  
59 Fluchtwege geschaffen, ein gemeinsamer europäischer Schutzraum für Asylsuchende gebildet  
60 und der Familiennachzug unmittelbar ermöglicht werden. Die EU als Fortschrittsprojekt muss  
61 sich gegen reaktionäre Tendenzen zur Wehr setzen und das Instrument der  
62 Sanktionsmechanismen ausweiten, um Staaten, die das Rechtsstaatsprinzip oder  
63 Menschenrechte außer Kraft setzen wollen und Rassist\*innen und Nationalist\*innen hofieren, in  
64 die Schranken zu weisen.

65  
66 **2. Die Zukunft der Arbeit gestalten**  
67 Die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens basiert auf dem Konsens, dass  
68 Erwerbsarbeit notwendig ist, um Güter zu erwirtschaften, die wir für unser alltägliches Leben  
69 benötigen. Ein Wandel der Arbeitswelt bedeutet daher auch grundlegende Veränderungen in  
70 der Art und Weise wie wir unsere Gesellschaft betrachten. Neue Technologien und  
71 insbesondere die Digitalisierung spielen in diesem Zusammenhang eine übergeordnete Rolle  
72 und erweitern die Möglichkeiten, die sich uns heute bieten, stellen uns aber auch vor neue  
73 Herausforderungen. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist der steigende Druck auf die  
74 Beschäftigten, der dadurch hervorgerufen wird, dass die Unternehmensleitungen durch  
75 Ausweitung der Arbeitszeiten, ständige Überwachung, prekäre Beschäftigungsmodelle und  
76 vieles mehr die individuellen und kollektiven Belange der Beschäftigten ihrem Profitinteresse  
77 unterzuordnen versuchen.

78  
79 Eine Antwort auf diese Entwicklung kann und darf nicht sein, den digitalen Fortschritt im  
80 Bereich der Arbeit aufhalten zu wollen. Vielmehr muss eine sich verändernde Arbeitswelt  
81 dergestalt durch die Sozialdemokratie beeinflusst werden, dass sie den Beschäftigten größere  
82 Freiräume in der Gestaltung ihrer Erwerbsarbeit ermöglicht. In diesem Zusammenhang wollen  
83 wir eine Diskussion über die Möglichkeit einer allgemeinen Arbeitszeitreduzierung und der  
84 Etablierung eines bedingungslosen Grundeinkommens innerhalb der SPD sowie mit unseren  
85 Bündnispartner\*innen führen.

86  
87 Für die Umsetzung alternativer Arbeitsmodelle brauchen wir eine Demokratisierung der  
88 Arbeitswelt. Wir müssen Ideen entwickeln, mithilfe derer wir die Mitbestimmung der  
89 Beschäftigten auch auf die unternehmerischen Entscheidungen ausweiten können.

90  
91 Eine hohe Priorität kommt darüber hinaus dem Ziel zu, Arbeit so zu gestalten, dass jede\*r  
92 Beschäftigte von der eigenen Arbeit auskömmlich leben kann. Eine Vollzeitbeschäftigung muss  
93 so entlohnt werden, dass eine Aufstockung mithilfe von Sozialleistungen nicht notwendig ist.  
94 Eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns sowie die Beseitigung sämtlicher Ausnahmen bei  
95 ebenjenem sind hierfür grundlegende Bedingungen. Bessere Planungssicherheit garantiert in  
96 diesem Zusammenhang die vollständige Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.



97  
98 Wir brauchen eine Arbeitsversicherung, die Menschen dabei unterstützt, sich ihr Leben lang  
99 weiterzubilden, und die sie auffängt, wenn sie einmal kein Beschäftigungsverhältnis haben. Es  
100 muss in diesem Zusammenhang ein Recht auf Weiterbildung etabliert werden, das aus den  
101 Mitteln der Arbeitsversicherung, und damit unabhängig von den finanziellen Verhältnissen des  
102 Individuums, getragen wird. Die Beschäftigten müssen in der Lage sein, ihr  
103 Beschäftigungsverhältnis mit ihrem Leben zu vereinbaren. Flexible Arbeitszeiten müssen  
104 bedeuten, dass wir neben unserer Arbeitstätigkeit noch genügend Zeit für Familie,  
105 Freund\*innen, Ehrenamt und Freizeit haben.  
106

### 107 **3. Den Wohlstand gerecht verteilen**

108 Die Vermögensverteilung in unserer Gesellschaft ist aus den Fugen geraten. Laut einer Studie  
109 des DIW besitzen die 45 reichsten Familien so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Wir  
110 müssen Vermögen umverteilen. Die bestehende und sich verschlimmernde Ungleichheit ist  
111 ungerecht und sie gefährdet den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Sozialdemokratie  
112 ist hier in der Pflicht und muss sich für ein gerechtes Steuersystem einsetzen: Wir wollen einen  
113 höheren Spitzensteuersatz, einhergehend mit steigenden Bemessungsgrenzen. Das  
114 Existenzminimum muss steuerfrei sein, daher ist eine Erhöhung des Grundfreibetrags  
115 notwendig. Um notwendige Umverteilung zu ermöglichen, müssen hohe Vermögen konsequent  
116 besteuert werden. Eine rechtssichere Wiedereinsetzung der Vermögensteuer kann dafür  
117 ebenso ein geeignetes Instrument sein, wie angemessene Steuern auf hohe Erbschaften bei  
118 gleichzeitig konsequentem Abbau unbegründeter Ausnahmetatbestände.  
119

120 Nach dem Armutsbericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes steigt die Zahl der von Armut  
121 betroffenen Personen immer weiter an. Die Einkommensarmut trifft so inzwischen rund 13  
122 Millionen Menschen in Deutschland.

123 Besonders davon betroffen sind Kinder- und Jugendliche, Alleinerziehende und ältere  
124 Menschen. Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, die Situation gerade auch von diesen  
125 Menschen zu verbessern. Das funktioniert nur mit einem Sozialsystem, das allen Menschen ein  
126 gutes Leben ermöglicht. Um die Sozialversicherungen zu stärken, wollen wir den  
127 Personenkreis der Sozialversicherungen auf alle Erwerbsformen ausweiten.  
128

### 129 **4. Für eine freie und offene Gesellschaft**

130 Viele gesellschaftliche Fortschritte, die in den letzten Jahrzehnten mühsam erkämpft wurden,  
131 sind bedroht. Reaktionäre Bewegungen machen Stimmung gegen sexuelle Freiheiten, die  
132 reproduktive Selbstbestimmung und die Gleichstellung der Geschlechter. Law-and-order-  
133 Rhetorik hat bei allen Parteien Einzug gehalten und die Überwachung unseres alltäglichen  
134 Lebens ist allgegenwärtig. Rassistische Übergriffe sind an der Tagesordnung und  
135 rechtsradikales und rechtspopulistisches Gedankengut wird immer gesellschaftsfähiger.  
136

137 Das dürfen und wollen wir nicht hinnehmen. Wir müssen unseren Kampf für Freiheit  
138 weiterführen und neue Freiheiten erkämpfen. Wir wollen, dass Schluss ist mit Sexismus.  
139 Schluss mit der Diskriminierung von Menschen, weil sie so leben, lieben und begehren, wie sie  
140 es wollen. Und endlich Schluss mit sexualisierter Gewalt!  
141

142 Unsere Politik muss sich daran messen lassen, ob konkret etwas für die Gleichstellung der  
143 Geschlechter unternommen wird. Wir brauchen endlich ein Gesetz, das dafür sorgt, dass  
144 Frauen und Männer gleich bezahlt werden. Es muss sichergestellt werden, dass die bisherigen  
145 Änderungen im Sexualstrafrecht wirksam zum Tragen kommen. Reproduktive und sexuelle  
146 Selbstbestimmung müssen dringend gestärkt werden. Hierfür wird es zwingend notwendig sein,  
147 weitere Gesetzesparagrafen zu reformieren oder zu streichen. Für uns gehört dazu  
148 insbesondere der Paragraph 219a StGB.  
149

150 Eine offene und freie Gesellschaft bedeutet für uns auch, dass in ihr alle Menschen einen Platz  
151 finden und in Frieden leben können. Wir wollen deshalb eine eigenständige Migrationspolitik,  
152 die nicht nur auf Zuruf von rechts reagiert. Die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit

153 Migrations- oder Fluchthintergrund wollen wir stärken.

154  
155 Viele Menschen in Deutschland leisten ehren- und hauptamtlich wichtige Integrationsarbeit.  
156 Dieses Engagement erkennen wir als wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen  
157 Zusammenhalt an. Staatliche Aufgaben dürfen jedoch nicht in ehrenamtliche Strukturen  
158 ausgelagert werden. Unsere Gesellschaft muss sich daran messen lassen, welche Chancen sie  
159 Menschen einräumt. Wir brauchen ein modernes Einwanderungsgesetz, das allen Menschen  
160 die Chance, gibt zu uns zu kommen. Zu einer menschenwürdigen Politik für Geflüchtete  
161 gehören für uns neben vielen weiteren Maßnahmen ein ungedeckelter Familiennachzug  
162 ebenso wie sichere Fluchtwege.

163  
164 Dem Rassismus, der in unserer Gesellschaft Auftrieb erhält, muss konsequent begegnet  
165 werden. Menschen, die hier Schutz suchen, müssen auch konsequent geschützt werden.  
166 Rassistische Gewalt müssen wir bekämpfen und strukturellem Rassismus entgegentreten.

## 167 168 **5. Klima-, Umwelt- und Tierschutz ernst nehmen**

169 Der Klimawandel gehört zu den größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Er bedroht  
170 nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit, sondern auch die wirtschaftliche und  
171 soziale Entwicklung in vielen Ländern.

172  
173 Im Kern handelt es sich nicht allein um eine ökologische, sondern vor allem um eine  
174 Gerechtigkeitskrise, der wirkungsvoll begegnet werden muss. Bereits heute leiden Millionen  
175 von Menschen vor allem im globalen Süden unter den Auswirkungen des Klimawandels, an die  
176 sie sich nur noch schwer anpassen können.

177  
178 Weltweit wird ersichtlich, dass unsere bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung an ihre  
179 ökologischen Grenzen stößt bzw. sie bereits überschritten hat. Der Living Planet Report kommt  
180 zum Schluss, dass die Menschheit bei anhaltend hohem Ressourcenverbrauch bis zum Jahr  
181 2030 zwei Planeten und bis 2050 knapp drei Planeten bräuchte, um ihre Bedarfe zu decken.  
182 Hier braucht es eine schnelle Wende.

183  
184 Die Umwelt- und Klimapolitik ist heute stark umkämpft. Auf der einen Seite bestreiten  
185 reaktionäre Kräfte und rechtspopulistische Parteien den Klimawandel. Auf der anderen Seite  
186 werden sich immer mehr Menschen der Endlichkeit unserer Ressourcen bewusst und  
187 versuchen, dem durch individuelles Konsumverhalten entgegenzuwirken.

188  
189 Wir müssen dem Klimawandel gemeinsam entschieden entgegentreten und konkrete Maßnah-  
190 men zeitnah umsetzen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei der Umbau des Energiesektors von  
191 fossilen hin zu nachhaltigen und erneuerbaren Energiequellen. Aber auch ein bewusstes  
192 Konsumverhalten und Fragen nach einer nachhaltigen Gestaltung unserer Landwirtschaft,  
193 unseres Verkehrs oder unserer Stadtentwicklung müssen beantwortet werden.

194  
195 Auch in der Atompolitik ist viel zu tun. Die Umsetzung des Konzeptes für den deutschen  
196 Atomausstieg ist nicht genug, wir brauchen ein europäisches Konzept – nur so kann der  
197 Ausstieg nachhaltig gelingen und Versorgungssicherheit, der Ausbau erneuerbarer Energien  
198 und die Umweltverträglichkeit europaweit gewährleistet werden. Gleichzeitig muss die Frage  
199 nach der Endlagerung von Atommüll endlich geklärt werden.

200  
201 Um uns wirksam mit dem Klimawandel auseinanderzusetzen, brauchen wir einen  
202 gemeinsamen und bewussten Umgang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen. Wir  
203 müssen daher unsere Produktion und unseren Verbrauch bewusst organisieren, statt die  
204 Entscheidungen über unsere Produktion Einzelnen und ihren Profitinteressen zu überlassen.  
205 Eine sozial-ökologisch ausgerichtete Veränderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen  
206 muss ein bewusstes Verhältnis zu unseren Lebensgrundlagen entwickeln und dessen soziale  
207 Dimension, das heißt ihre Auswirkungen auf unsere gesellschaftlichen Verhältnisse, beachten.

208

209 Über 56 Milliarden sogenannte Nutztiere werden jedes Jahr von Menschen getötet. Mehr als  
210 3000 Tiere sterben pro Sekunde in Schlachthöfen überall auf der Welt. Hinzu kommen Fische  
211 und andere Meerestiere. Diese kaum greifbaren Zahlen zeigen nicht nur die Ignoranz unserer  
212 kapitalistischen und am Profit orientierten Wirtschaftsordnung auf, sie stehen auch  
213 stellvertretend für das Leid der Tiere.

214  
215 Neben einem mangelnden Tierschutz erwächst aus der massenhaften Produktion von Tieren  
216 zum Konsum durch den Menschen auch ein ökologisches Problem. Wasserknappheit,  
217 Umweltverschmutzung und der Mangel an Anbauflächen in einigen Regionen der Erde sind  
218 unter anderem Ausfluss eines inhumanen Umgangs mit nichtmenschlichen Lebewesen. Wir  
219 müssen daher eine Diskussion über die Vorteile von rein pflanzlicher Ernährung unterstützen  
220 und vorantreiben.

## 221 222 **II. Strukturelle Erneuerung der Partei:**

### 223 224 **1. Eine neue Kommunikation der politischen Arbeit**

225 Die SPD muss sich von dem Glauben verabschieden, dass sie durch eine Orientierung an  
226 Umfragewerten für Wähler\*innen wieder attraktiv wird und stattdessen um Hegemonie  
227 kämpfen. Die letzten Jahre haben mehrfach gezeigt, dass Politikentwürfe, die alle Menschen  
228 adressieren sollen, am Ende niemanden erreichen.

229  
230 Will die SPD einen gesellschaftlichen Aufbruch verkörpern, darf sie ihre Politik nicht an  
231 Demoskopie orientieren, sondern daran, was sozialdemokratisch ist. An die Stelle von  
232 Mutlosigkeit, vermeintlichen Sachzwängen und der Angst, das Falsche zu tun, muss wieder die  
233 Hoffnung treten, dass die scheinbar feststehenden Grundsätze und Rahmen des politisch  
234 möglichen revolutioniert werden können.

235  
236 Wir müssen es schaffen, dass das Ziel unserer politischen Arbeit eine sozialdemokratische  
237 Utopie ist, die wir in der Bevölkerung glaubwürdig vermitteln können. Versprechungen, die  
238 gemacht werden, müssen im Zuge dessen eingehalten werden. Nur so kann verlorenes  
239 Vertrauen Schritt für Schritt zurückgewonnen werden.

### 240 241 **2. Diskussion eines neuen Grundsatzprogramms**

242 In welche Richtung die SPD und ihr politisches Programm entwickelt werden sollen, können wir  
243 nur gemeinsam erarbeiten. Wir Jusos wollen mit diesem Papier eine breite und vor allem offene  
244 Diskussion in der Sozialdemokratie anstoßen. Was die SPD stark machen kann, ist, wenn an  
245 jedem Ort in der Partei über Inhalte und unseren sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurf  
246 gestritten wird.

247  
248 Dafür muss die Willensbildung in der SPD aber wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.  
249 Zu oft haben wir in den letzten Jahren erlebt, dass die zentralen Richtungsentscheidungen der  
250 Partei im Präsidiumssaal oder im Büro des Parteivorsitzenden aus der Taufe gehoben und  
251 dann dem Parteitag zum Abnicken vorgelegt wurden. Auf den Bundesparteitagen wurden in  
252 aller Regel die Initiativanträge des Parteivorstandes diskutiert, zahlreichen Anträgen aus den  
253 Ortsvereinen und anderen Gliederungen wurde kaum Platz eingeräumt. So kann und so darf  
254 unsere Partei nicht länger funktionieren.

255  
256 Die Ortsvereine und Gliederungen vor Ort sind die Sensoren der Sozialdemokratie in der Breite  
257 der Gesellschaft. Sie greifen die Stimmungen und Probleme der Menschen auf, setzen sich mit  
258 der politischen Situation vor Ort auseinander und sollten folglich auch im politischen Alltag  
259 unserer Partei eine größere Rolle spielen.

260  
261 Deshalb sprechen wir uns für einen Diskussionsprozess aus, der alle Parteimitglieder und  
262 Strukturen einbezieht, gerechte Teilhabe aller ermöglicht und Raum lässt, um alte  
263 Gewissheiten und verkrustete Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Mehr Diskussionen  
264 einfordern kann man aber nur, wenn man sich auch aktiv in die Debatte einbringt, aufsteht,

265 mitdiskutiert und Anträge stellt. Ein Ergebnis eines solchen Prozesses muss unter anderem ein  
266 neues Grundsatzprogramm für die Sozialdemokratie sein.

267

### 268 3. **Engere Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartner\*innen**

269 Durch Entscheidungen der Sozialdemokratie in der Vergangenheit ist lange vorherrschendes  
270 Vertrauen unserer Bündnispartner\*innen in die SPD verloren gegangen.

271

272 Wir Jusos sprechen uns daher für eine engere Zusammenarbeit mit uns und unseren Werten  
273 nahestehenden Gruppierungen innerhalb der Gesellschaft aus. Insbesondere die  
274 Gewerkschaften befanden sich historisch stets in einem engen und wechselseitigen  
275 Vertrauensverhältnis zur Sozialdemokratie. Hier gilt es, bspw. im Rahmen von gemeinsamen  
276 Veranstaltungen, Kontakte zu vertiefen bzw. neu aufzubauen, um gemeinsam mit den  
277 Arbeitnehmervereinigungen die Gesellschaft zu gestalten.

278

### 279 4. **Sozialismus, Internationalismus und Feminismus in Partei und Parlament**

280 Die Jungsozialist\*innen in der SPD verstehen sich als sozialistischer, internationalistischer und  
281 feministischer Richtungsverband innerhalb der Sozialdemokratie. Wir sind mehr als eine reine  
282 Nachwuchsorganisation unserer Mutterpartei. Vielmehr sind wir in vielen gesellschaftlichen  
283 Fragen der Diskussionsmotor in der innerparteilichen Auseinandersetzung.

284

285 Während wir in der inhaltlichen Debatte, aber auch im Rahmen von Wahlkämpfen eine wichtige  
286 Rolle einnehmen, wird unser Verband in den geschäftsführenden Vorständen der SPD sowie in  
287 den Parlamenten unterdurchschnittlich repräsentiert. Wir erheben daher Anspruch auf eine  
288 Juso-Quote für die Besetzung der geschäftsführenden Vorstände der Partei sowie bei der  
289 Listenaufstellung für Land- und Bundestagswahlen sowie die Wahlen zum Europäischen  
290 Parlament.

291

292 Das Alter allein kann dabei weder ein Argument für unsere Forderung sein, noch sollte es von  
293 den Gegnern einer verpflichtenden Quote dazu verwendet werden, ebenjene abzulehnen. Denn  
294 das Alter eines Menschen gibt nicht automatisch Auskunft über dessen Kompetenzen.

295

296 Wir glauben, dass Genoss\*innen, die sich bei den Jusos engagieren oder engagiert haben, in  
297 besonderem Maße politische Bildung und Sozialisierung erfahren. Juso zu sein ist daher in  
298 unseren Augen nicht nur eine Frage des Alters, Juso ist vielmehr, wer unsere Werte und Ziele  
299 teilt.

300

301 Zur Erfüllung unserer Forderung halten wir es daher für notwendig, dass die jeweiligen Juso-  
302 Verbände über die Personen entscheiden, die für sie einen Platz auf einer Wahlliste bzw. in  
303 einem geschäftsführenden Vorstand erhalten, da nicht jede Person, die unter 35 Jahren alt ist,  
304 auch unsere Positionen vertritt. Gleichwohl kann es daher auch möglich sein, dass die  
305 jeweiligen Verbände eine Person bestimmen, die älter als 35 Jahre ist.

306

307

308

#### 309 **Begründung:**

310

311

312

313  angenommen

314  abgelehnt

315  überwiesen an

316

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: IR 1

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Sanktionen für den Verstoß gegen die Mietpreisbremse

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Wir fordern, die Einführung eines Sanktionskataloges, der einen Verstoß gegen die  
4 Mietpreisbremse unrentabel macht.

5

6

7 **Begründung:**

8 Im aktuellen Koalitionsvertrag steht, dass der Vermieter verpflichtet ist, die Vormiete auf  
9 Nachfrage offenzulegen. Fraglich ist aber wie viele davon wirklich Gebrauch machen, denn wie  
10 man sich gut vorstellen kann, steigert eine solche Nachfrage nicht wirklich die Chancen auf die  
11 Wohnung.

12 Und solange Menschen bereit sind den erhöhten Mietpreis zu zahlen, wird auch diese  
13 Maßnahme verpuffen. Deshalb brauchen wir einen Sanktionskatalog, der einen Verstoß gegen  
14 die Mietpreisbremse so unrentabel macht, dass sich ein Verstoß nicht mehr lohnt.

15

16

17

18

19  angenommen

20  abgelehnt

21  überwiesen an

22

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: IR 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Wahlrecht für Migrant\*innen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD sowie die SPD Hessen setzen sich dafür ein, das Wahlrecht für in Deutschland  
4 dauerhaft lebende Migranten nach zwei Jahren Aufenthalt mit festem Wohnsitz in Deutschland  
5 auf kommunaler Ebene einzuführen.

6 Dazu soll folgender Satz in Artikel 28, Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik  
7 Deutschland aufgenommen werden: „Wahlberechtigt sind auch Personen, die die  
8 Staatsangehörigkeit eines Drittstaates besitzen und die ihren ständigen Wohnsitz seit  
9 mindestens zwei Jahren dauerhaft in Deutschland haben.“

10

11 **Begründung:**

12 Das Wahlrecht für Migrant\*innen auf kommunaler Ebene leistet einen wichtigen Beitrag zur  
13 Integration und Partizipation von Migrant\*innen im öffentlichen Leben. Gleichzeitig sendet es  
14 das Signal aus, dass diese als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden.

15

16 Ein weiterer Punkt ist, dass Migrant\*innen mit ständigem Wohnsitz in Deutschland bereits auf  
17 kommunaler Ebene dieselben Pflichten wie Staatsangehörige haben und es somit angebracht  
18 ist, nun auch das Recht der Wahlbeteiligung zu gewähren auch um zu vermeiden, dass das  
19 Gefühl von Bürger\*innen zweiter Klasse entsteht.

20

21 Der Satz „Was alle betrifft, muss von allen gebilligt werden“ gilt auch hier. Migrant\*innen sollten  
22 ebenfalls das Recht haben, ihre Repräsentanten zu wählen, welche über ihre Zukunft und ihre  
23 Pflichten entscheiden, wie das allen Staatsangehörigen auch zu steht.

24

25 15 von 28 EU-Ländern haben das Wahlrecht für Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene  
26 bereits eingeführt. Deren Entscheidung basiert zum Teil auf dem „Übereinkommen über  
27 Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben“ des Europarates von 1992.  
28 Sämtliche Bedenken der Bundesrepublik über das Migrant\*innenwahlrecht, wie der  
29 Werteverlust der Staatsbürgerschaft oder die Bildung von Migrant\*innenparteien und der  
30 Anstieg von Einfluss anderer Staaten, sind in diesen Ländern nicht aufgetreten

31

32

33

34

35

36  angenommen

37  abgelehnt

38  überwiesen an

39

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: IR 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Jusos-Bundkongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundeparteitag

Betr.: (K)ein Knall an Silvester

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Gliederung möge sich für zentrale Feuerwerke in der Kommune oder den Kommunen und  
4 gegen private Feuerwerke einsetzen.

5

6

7 **Begründung:**

8 In der Silvesternacht entstehen durch die Feuerwerke deutschlandweit rund 4.000 bis 5.000t  
9 Feinstaub. Das entspricht ca.15% der jährlich im Straßenverkehr freigesetzten  
10 Feinstaubmenge. Feinstaubpartikel sind sehr klein und können über die Atemwege in den  
11 menschlichen Körper und dort bis in die Bronchien wandern. Teilchen mit einem Durchmesser  
12 unter 2,5 Mikrometer (PM 2,5) können in die Lungenbläschen und Teilchen unter 1 Mikrometer  
13 sogar in die Blutgefäße vordringen. Das Risiko für Herzinfarkte und Krebs steigt so erheblich.

14

15 Haus- und Wildtiere werden einem erheblichen Stress ausgesetzt.

16

17 In jeder Silvesternacht kommt es zu zahlreichen Verletzungen, Bränden, Müllbergen und zu  
18 Sachbeschädigungen.

19

20 In vielen Ländern ist es völlig normal, dass nicht jeder einzelnen Feuerwerke abbrennt.

21

22 In den Niederlanden wurden in 56 Städten und Gemeinden die private Böllerei verboten und  
23 durch ein städtisches Silvesterfeuerwerk ersetzt.

24

25

26  angenommen

27  abgelehnt

28  überwiesen an

29

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: IR 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand

Betr.: Behördengänge digital erledigen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Es ist höchste Zeit, eine hessenweite digitale Behörde zu schaffen. Das Land Hessen soll in  
4 Zusammenarbeit mit der ekom21 KGRZ eine Online-Plattform schaffen, die in Verbindung mit  
5 dem digitalen Personalausweis genutzt werden kann. Über diese Plattform soll es dem  
6 Bürger/der Bürgerin möglich sein, online neue Ausweisdokumente zu beantragen, ein  
7 Führungszeugnis anfordern oder gar ein Bauantrag stellen oder den Wohnungsumzug melden.  
8 In Zusammenarbeit mit zertifizierten Zustellmethoden, wie z.B. der E-POST sollen  
9 Rückmeldungen der jeweiligen Behörde papierlos und schnell erfolgen. Die Online-Plattform  
10 soll ein zentrales Instrument werden, wo alle im Land Hessen ansässigen Behörden auf unterer  
11 und mittlerer Ebene zusammengeführt werden. Die Digitale Behörde in Dänemark soll hier als  
12 Referenzbeispiel dienen.

13  
14  
15  
16  
17  
18 **Begründung:**  
19 Erfolgt mündlich.

- 20  
21  
22  
23  angenommen  
24  abgelehnt  
25  überwiesen an

26



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: IR 5

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, SPD-Landesparteitag

Betr.: Gesetzliche Verankerung der Netzneutralität

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die Netzneutralität soll gesetzlich verankert werden. Die Bundestagsfraktion der SPD sowie die  
4 S&D-Fraktion im Europäischen Parlament werden dazu aufgefordert, hierzu einen  
5 Gesetzesvorschlag zu erarbeiten und in den Bundestag bzw. das Europäische Parlament  
6 einzubringen.

7  
8 **Begründung:**

9 "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." (Grundgesetz, Art. 3 (1))

10 Was uns im Bezug auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als selbst-  
11 verständlich erscheint, gilt genauso auch im Internet:

12 Alle Datenpakete müssen bei der Übertragung grundsätzlich gleich und diskriminierungsfrei  
13 übertragen werden. Dieser Grundsatz ist als Netzneutralität bekannt und besagt, dass, bei  
14 sonst gleichen technischen Bedingungen, keine unterschiedliche Behandlung von  
15 InternetnutzerInnen vorgenommen werden darf. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um eine  
16 Privatperson oder ein Unternehmen handelt.

17 Dieser Grundsatz gerät jedoch zunehmend in Gefahr: So wurde im vergangenen Jahr die  
18 Netzneutralität in den USA gekippt und damit einer Ungleichbehandlung von NutzerInnen Tür  
19 und Tor geöffnet. Und auch in Deutschland und der Europäischen Union versuchen  
20 Telekommunikationsunternehmen durch die Schaffung spezieller Angebote NutzerInnen durch  
21 die Hintertür zu diskriminieren: So wird beispielsweise die Nutzung bestimmter  
22 Streamingdienste nicht auf das Datenvolumen angerechnet. Aufgrund der aktuellen  
23 Entwicklung in den USA ist jedoch denkbar, dass auch die hiesigen Konzerne verstärkt  
24 versuchen werden Lobbyarbeit für die Abschaffung der Netzneutralität zu leisten.<sup>1</sup>

25  
26 Eine Diskriminierung geschieht beispielsweise durch die Bevorzugung bestimmter Datenpakete  
27 bestimmter NutzerInnen, die bereit sind für dieses Angebot mehr zu bezahlen als andere.  
28 Gleichzeitig können so andere NutzerInnen in Verfügbarkeit, Qualität oder Geschwindigkeit  
29 ihres Internetzugangs beeinträchtigt werden. Wer keine Nachteile in Kauf nehmen möchte oder  
30 gar bevorzugt behandelt werden möchte, wird gezwungen diese speziellen Angebote in  
31 Anspruch zu nehmen. Daneben können aber auch Unternehmen gezielt in der Bereitstellung  
32 ihrer Angebote beeinträchtigt werden.

33

---

<sup>1</sup> Quellennachweis:

<http://www.sueddeutsche.de/digital/netzneutralitaet-in-deutschland-auch-in-deutschland-ist-die-netzneutralitaet-durchloechert-1.3791748> (Letzter Zugriff: 15.03.2018)

34 Laut Ben Scott, Vorstandsmitglied des Thinktanks "Stiftung Neue Verantwortung", ergeben sich  
35 für Unternehmen (und in Folge auch für NutzerInnen) drei Probleme durch die Abschaffung der  
36 Netzneutralität<sup>2</sup>:

- 37 1) Telekommunikationsunternehmen können eigene Angebote, etwa im Bereich der  
38 Unterhaltungsmedien, bevorzugen und gleichzeitig Angebote anderer Anbieter  
39 benachteiligen, beschränken oder ganz blockieren.  
40 2) Große etablierte Unternehmen profitieren von Kooperationen mit  
41 Telekommunikationsunternehmen, neue Unternehmen werden durch diese  
42 Marktzutrittsschranken benachteiligt.  
43 3) Die bestehenden Telekommunikationsunternehmen können ihre Marktmacht  
44 ausbauen, sodass jegliches Unternehmen mehr oder minder gezwungen wird zu  
45 kooperieren, um weiterhin auf dem Markt bestehen zu können.  
46

47 Kurz gesagt: Eine Abschaffung der Netzneutralität ermöglicht es Telekommunikations-  
48 unternehmen aufgrund finanzieller Überlegungen zu entscheiden, auf welches Angebot von  
49 wem wie zugegriffen werden kann. Dies ist nicht nur ein massiver Eingriff in das Funktionieren  
50 des Wettbewerbs, sondern etwa auch im Hinblick auf die Meinungsfreiheit entschieden  
51 abzulehnen. Daher muss die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden, damit auch in  
52 Zukunft ein offenes und freies Netz der gesamten Gesellschaft zur Verfügung stehen kann.  
53

54

55

**Begründung:**

56

57

58

59  angenommen

60  abgelehnt

61  überwiesen an

62

---

<sup>2</sup> Quellennachweis: <https://www.taz.de/!5467649> (Letzter Zugriff: 15.3.2018)

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: B 1

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Flickenteppich bei digitaler Bildung beseitigen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass das hessische Kultusministerium  
4 der digitalen Bildung eine größere Bedeutung in den Kerncurricula für hessische Schulen  
5 einräumt.

6  
7 Dabei sollen folgende Themen in der Grundschule, der Unterstufe, der Mittelstufe und der  
8 Oberstufe behandelt werden:

- 9
- 10 • **Grundschule:** Schreiben von E-Mails, Nutzen von Online-Enzyklopädien wie z.B.
  - 11 Wikipedia, Nutzen von Suchmaschinen wie z.B. Google und Einführung in soziale
  - 12 Netzwerke
  - 13 • **Unterstufe:** Umgang mit Social Media mit Hinweis auf Gefahren, Cyber-Mobbing und
  - 14 Digital-Payment
  - 15 • **Mittelstufe:** Recherchekompetent in Hinblick auf Fake News o.Ä., Sexualität und
  - 16 Schönheitsideal im Internet und Influencer (Product-Placement)
  - 17 • **Oberstufe:** Big Data, Micro-Targeting und aktuelle Trends

18  
19 **Begründung:**

20  
21 Erfolgt mündlich.

- 22
- 23  angenommen
  - 24  abgelehnt
  - 25  überwiesen an

26

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: B 2

Antragsteller: Unterbezirk Schwalm-Eder

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Finanzbildung für alle

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD-Landtagsfraktion in Hessen setzt sich dafür ein, dass die hessische Landesregierung  
4 eine Finanzbildungsstrategie für das Land Hessen entwickelt, die sowohl die schulische als  
5 auch die außerschulische Bildung umfasst.

6  
7 **Begründung:**

8  
9 Erfolgt mündlich.

- 10  
11  angenommen  
12  abgelehnt  
13  überwiesen an  
14

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

<u>Antrag:</u>	S 1
<u>Antragsteller:</u>	Unterbezirk Schwalm-Eder
<u>Adressat:</u>	Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag
<u>Betr.:</u>	Arbeitgeberzuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung für Beamte

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, eine bundesweite gesetzliche Regelung  
4 zu erlassen, auf deren Basis Beamte, welche freiwillig gesetzlich versichert sind, einen  
5 Arbeitgeberzuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erhalten wie alle anderen  
6 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Als beispielhaft gilt die Initiative der Hamburger  
7 Landesregierung. Diese sieht vor, dass ab August 2018 voraussichtlich eine pauschale Beihilfe  
8 für jene Beamte eröffnet wird, welche sich gesetzlich krankenversichern lassen möchten,  
9 wodurch der Zwang zur privaten Krankenversicherung (PKV) abgeschafft wird und die Weichen  
10 in Richtung einer Bürgerversicherung gestellt werden.

11  
12 **Begründung:**

13  
14 Beamte, die aus familiären oder gesundheitlichen Gründen nicht privat krankenversichert sind,  
15 müssen sich freiwillig gesetzlich versichern lassen. Für gesetzliche versicherte Beamte  
16 entziehen sich die Landesregierungen sowie die Bundesregierung ihrer sozialen  
17 Verantwortung, den Arbeitgeberanteil bzw. -zuschuss zur GKV zu entrichten.

18  
19 Wenn jemand aus gesundheitlichen Gründen als „wirtschaftliches“ Risiko für die private  
20 Krankenversicherung eingestuft wurde und sein Antrag auf Aufnahme in die PKV abgelehnt  
21 wurde („nicht Versicherungsfähig“), besteht weiterhin die Möglichkeit mit dem Wechsel vom  
22 Status des Beamten auf Widerruf (Anwärter) zum Beamten auf Probe (Abschluss der  
23 Laufbahnausbildung) mit einem Beitragszuschlag von bis zu 30% bei der PKV aufgenommen  
24 zu werden.

25  
26 **Beispiel:**

27 Ein 27-jähriger Anwärter mit einem Bruttoarbeitslohn von ca. 1.100 €, der ledig ist und keine  
28 Kinder hat, zahlt monatlich für die freiwillige gesetzliche Krankenversicherung einen  
29 Monatsbeitrag, ohne Zusatzleistung, in Höhe von 215 € inklusive Pflegeversicherung.  
30 In der PKV würde er einen Monatsbeitrag von 55-80 € monatlich zahlen, abhängig von den  
31 gebuchten Zusatzleistungen.

32  
33 Bei der PKV profitieren Beamte also von vergünstigten Monatsbeiträgen und genießen  
34 gleichzeitig deren versorgungstechnischen Vorteile. Führt man sich den Kostenbeitrag zur  
35 gesetzlichen Krankenversicherung vor Augen, wird man mehrfach bestraft. Neben den hohen  
36 Beiträgen wird lediglich das medizinisch Notwendige abgedeckt und im Regelfall wird man bei  
37 ärztlichen Maßnahmen zusätzlich mit einem Eigenanteil belastet, im schlimmsten Fall bleibt  
38 man sogar auf den Kosten sitzen.

39

40 Natürlich haben auch die gesetzlich versicherten Beamten einen Anspruch auf Beihilfe. Dies gilt  
41 allerdings nur in der Theorie, denn durch eine einfache Rechnung sinkt der Anspruch auf null.  
42 Die Beihilfe sieht vor, dass geleistete Behandlungen und weitere medizinische Versorgungen  
43 im Nachhinein erstattet werden. Da die GKV alle Leistungen sofort bezahlt und als  
44 Sachleistung ausgibt, hat die Beihilfe rechnerisch nichts, was es zu erstatten gäbe. Dadurch  
45 fällt die Beihilfe in der GKV für Beamte weg.

46  
47 In Hessen gibt es anstelle des Arbeitgeberzuschusses Sachleistungsbeihilfe in Höhe von 50%  
48 der gesamten Monatsbeiträge in den letzten 12 Monaten ab Antragsstellung.  
49 Bemessungsgrundlage sind die tatsächlich entstandenen Kosten der Krankenkasse. Wenn der  
50 Beamte das ganze Jahr über gesund war und keine Arztbesuche oder Ähnliches in Anspruch  
51 nehmen musste, wodurch der Krankenkasse keine Kosten entstanden sind, erhält der Beamte  
52 keine Sachleistungsbeihilfe für die Monatsbeiträge.

53  
54 Würden dagegen Krankheitskosten entstehen, beispielsweise durch operative Maßnahmen,  
55 sind die Kosten zu berücksichtigen, welche die Krankenkasse übernommen hat. Sind jene  
56 Kosten höher als die Monatsbeiträge der letzten 12 Monate erhält der Beamte 50% der  
57 entrichteten Beiträge zurück. Sind die Kosten geringer als die Beiträge erhält er lediglich 50%  
58 der verursachten Kosten zurück. Folglich werden hessische Landesbedienstete belohnt, wenn  
59 sie tatsächlich krank sind.

- 60  
61  angenommen  
62  abgelehnt  
63  überwiesen an  
64

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: S 2

Antragsteller: Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

Betr.: Gesetzliche Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte attraktiv gestalten

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die SPD Hessen setzt sich für eine pauschale Beihilfe für Beamtinnen und Beamte ein, damit  
4 diese sich wahlweise auch gesetzlich versichern können. Die Pauschale sollte der Hälfte des  
5 Beitrags zur Krankenversicherung entsprechen.

6

7

8 **Begründung:**

9 Beamtinnen und Beamte soll die Möglichkeit eröffnet werden, eine pauschale Beihilfe zu  
10 bekommen, wenn sie sich auf eigenen Wunsch gesetzlich krankenversichern. Das derzeitige  
11 System mit dem faktischen Ausschluss von der gesetzlichen Krankenversicherung benachteiligt  
12 insbesondere kinderreiche, teilzeitbeschäftigte, chronisch Kranke oder Beamtinnen und Beamte  
13 mit Beeinträchtigungen. Mit der Beihilfefähigkeit ist es möglich, auch eine  
14 Familienmitversicherung zu wählen. Bei Vorerkrankungen müssen keine Risikoaufschläge  
15 gezahlt werden. Dies ist ein wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit und Gleichbehandlung.

16

17

18

19

20

21 **Begründung:**

22

23

24

25  angenommen

26  abgelehnt

27  überwiesen an

28

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: S 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Jusos-Bundkongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Verteilungsschlüssel für Pflegekräfte – Situation der Pfleger\*innen verbessern

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir fordern die Einführung eines staatlich festgelegten Verteilungsschlüssels für die  
4 Pflegeberufe in Krankenhäusern. Dieser soll beinhalten, dass tagsüber (6 bis 22 Uhr)  
5 eine ausgebildete Pflegekraft für höchstens acht zu pflegende Personen zuständig ist.

6  
7 Die daraus resultierende Folge ist, dass zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Wir  
8 fordern, dass diese von staatlich geprüften Fachpersonal besetzt werden.

9  
10 Wir fordern, dass ab der neunten zu pflegenden Person eine zweite staatlich geprüfte  
11 Pflegekraft eingestellt wird.

12  
13 Des Weiteren soll für den Nachtdienst (22 Uhr bis 6 Uhr) gesetzlich geregelt sein, dass eine  
14 staatlich geprüfte Pflegekraft für höchstens 15 Patienten zuständig ist. Der bisherige  
15 Schlüssel auf Intensivstationen muss erhalten bleiben.

16  
17 **Begründung:**

18 Alexander Jorde hat es in der Wahlarena in direkter Auseinandersetzung mit Bundeskanzlerin  
19 Angela Merkel gezeigt. Die Arbeitsbedingungen wie auch die Bedingungen die zu pflegenden  
20 Personen ist unter der Würde der Menschen. Die Arbeitskräfte sind oftmals deutlich überfor-  
21 dert und bekommen für die von ihnen geleistete Arbeit nicht die zustehende Wertschätzung  
22 und Anerkennung. Das Gleiche gilt für die zu pflegenden Personen. Wie er schon festgestellt  
23 hat, wird alltäglich die Würde der zu pflegenden Menschen verletzt. Zwar spricht Alexander  
24 Jorde von einer Höchstzahl von fünf zu pflegenden Personen bei einem/r PflegerIn nach  
25 skandinavischen Vorbild, allerdings sollten wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik  
26 der kleinen, aber dafür effektiven Schritte, der „Hau-Ruck-Politik“ vorziehen. Laut einer aktu-  
27 ellen Studie über staatliche Vorgaben zur Personalausstattung an Krankenhäusern "Nurse-to-  
28 Patient-Ratios" ist zu entnehmen, dass es in deutschen Kliniken gemessen an der Patienten-  
29 zahl deutlich weniger Pflegepersonal als in anderen vergleichbaren Ländern gibt. In Deutsch-  
30 land gibt es doppelt so viele Patienten pro Krankenschwester wie in den Niederlanden. Wäh-  
31 rend sich hierzulande im Schnitt eine Pflegekraft um 13 Patienten kümmert, beträgt das Ver-  
32 hältnis in der Schweiz und in Schweden etwa eins zu acht. In den Niederlanden ist es eins zu  
33 sieben. Und in den USA kommen auf eine Krankenschwester sogar nur 5,3 Patienten. Be-  
34 sonders heftig ist der Unterschied bei Nachtdiensten. Für eine Nacht hatte die Gewerkschaft  
35 Verdi per Stichprobe im Jahr 2015 ermittelt, dass 17.000 Pflegekräfte bundesweit etwa 324.000  
36 Patienten zu versorgen hatten. Das entspricht einem Verhältnis von eins zu 19. Das  
37 Zahlenverhältnis zwischen Pflegern und Patienten sei nicht nur ein wichtiger Gradmesser für  
38 die Arbeitsbedingungen, betonten die Wissenschaftler. Sie beeinflusse auch die Qualität der  
39 Pflege und die Patientengesundheit. Empirische Studien hätten gezeigt, dass sich die Perso-



40 nalbemessung unter anderem auf das Risiko von Infektionen, Thrombosen und Todesfällen  
41 durch zu spät erkannte Komplikationen auswirke.

42

43  angenommen

44  abgelehnt

45  überwiesen an

46

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: F 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Jusos-Bundkongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundesvorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Veränderung der Verteilung des Solidaritätszuschlags

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir fordern, dass der Soli, anders als in dem Sondierungspapier angekündigt, nicht um 10 Mrd.  
4 gekürzt wird und die daraus eingenommenen Gelder sollen wie folgt verwendet werden:

- 5  
6 1. 36 Prozent des veränderten Solidaritätszuschlags sollen deutschlandweit für Bildung  
7 verwendet werden.  
8 Daraus soll die Ausstattung der Schulen verbessert, die Digitalisierung vorangetrieben,  
9 sowie die Schulgebäude modernisiert werden. Besondere Schwerpunkte sollen dabei  
10 die energetische sowie barrierefreie Sanierung sein.  
11  
12 2. Die anderen 36 Prozent des veränderten Solidaritätszuschlags sollen für bessere  
13 Standards in der Pflege verwendet werden. Dazu gehört die Anstellung von neuem  
14 staatlich geprüftem Fachpersonal.  
15  
16 3. Die restlichen 28 % sollen für die bundesweite Infrastruktur verwendet werden.  
17 Insbesondere für den Breitbandausbau und die Gewährleistung eines  
18 flächendeckenden Mobilfunknetzes.  
19

20 **Begründung:**

21 Die Gesellschaft steht in den Bereichen Pflege und Bildung / Ausbildung vor beträchtlichen  
22 Herausforderungen. Ein nicht unermesslicher Bestandteil der Herausforderung ist die  
23 Finanzierung guter Bildung und Anstellung von ausreichendem staatlich geprüftem  
24 Fachpersonal sowie die Ermöglichung menschenwürdiger Pflege und die Sanierung von  
25 Schulgebäuden und Pflegeeinrichtungen. Des Weiteren profitiert die Gesellschaft von einem  
26 verbesserten Mobilfunknetz sowie einer besseren Infrastruktur im Allgemeinen.  
27

- 28  angenommen  
29  abgelehnt  
30  überwiesen an  
31

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen**  
**Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: U 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Pflanzliche Ernährung unterstützen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Viele Bürger\*innen konsumieren weniger Fleisch, essen fast vegetarisch (flexitarisch),  
4 vegetarisch (kein Fleisch+Fisch) oder vegan (rein pflanzlich). Auch sie dürfen von der SPD eine  
5 gute Ernährungspolitik erwarten!

6  
7 Die SPD bezeichnet das gegenwärtige Produktions- und Konsumniveau tierischer Produkte  
8 unter Klimagesichtspunkten als zu hoch (Antwort SPD auf VEBU-Wahlprüfsteine  
9 Bundestagswahl 2017). Diese Einschätzung deckt sich mit dem Klimaschutzgutachten der  
10 Bundesregierung. In diesem wird für das Referenzjahr 2006 bei einer Ernährung gemäß den  
11 Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung eine Einsparung an CO2-  
12 Äquivalenten von 9%, bei vegetarischer Ernährung von 20% und bei einer veganen Ernährung  
13 sogar von 38% angegeben! Nach der Deutschen Gesellschaft für Ernährung, welche sich  
14 ausschließlich auf Gesundheitsaspekte bezieht, sollten es nicht mehr als 300-600g Fleisch in  
15 der Woche sein. Zudem ist ein geringerer Konsum von Tieren der stärkste Schutz dieser.

16  
17 Weil die SPD für alle Menschen da sein will und diese Ernährungsumstellungen  
18 gesellschaftlichen Nutzen stiften werden sie von der SPD unterstützt. Aus diesen Gründen war  
19 es richtig, aber nicht ausreichend, die gesetzlich verbindliche Kennzeichnung von  
20 vegetarischen und veganen Angeboten in das Regierungsprogramm 2017 aufzunehmen.

21  
22 **Wir wollen daher:**

23  
24 **Rein pflanzliche Angebote in öffentlichen Kantinen schaffen**

25 Seit März 2017 sind in Portugal alle öffentlichen Kantinen gesetzlich dazu verpflichtet, auch  
26 vegane Speisen anzubieten. Diese von immer mehr Verbrauchern gewünschte Menü-Option  
27 erlaubt es Anhängern einer Vielzahl von unterschiedlichen Ernährungsweisen, das  
28 Kantinenangebot öffentlicher Einrichtungen wahrzunehmen. Gleichzeitig können durch die  
29 verbesserte Verfügbarkeit Anreize geschaffen werden, sich gelegentlich oder regelmäßig für  
30 pflanzliche Menüs zu entscheiden, was unter anderem auch aus gesundheitlichen Gründen  
31 angezeigt ist.

32  
33 **Die Schulverpflegung qualitativ verbessern**

34 Unsere Schulkantinen sollen die DGE-Empfehlungen nicht nur kennen, sondern sie auch  
35 einhalten. Zudem sollen jeden Tag rein pflanzliche Angebote geschaffen werden, wie es bei  
36 den Studierendenwerken schon lange der Fall ist.

37  
38 **Wissen mehr – Forschung ausbauen**

39 Das Wissen um die Vorteile und Risiken einer pflanzlichen Ernährung wächst stetig und erst  
40 vor kurzem musste die Deutsche Gesellschaft für Ernährung in Einschätzung der veganen

41 Ernährung deutlich korrigieren. Allerdings gibt es weiterhin erheblichen Forschungsbedarf.  
42 Aufgrund des hohen gesellschaftlichen Nutzens für Umwelt-, Klima- und Tiere wollen wir diese  
43 Aufgabe wahrnehmen.

44  
45 **Nachhaltige Parteiveranstaltungen**  
46 Bei unseren Veranstaltungen wollen wir möglichst wenig Papier verbrauchen, die Genossinnen  
47 auffordern umweltfreundlich anzureisen sowie bei Veranstaltungen mit Verpflegung  
48 vegetarische und vegane Essensangebote sicherstellen.

49  
50  
51 **Begründung:**

- 52  
53  
54  
55  angenommen  
56  abgelehnt  
57  überwiesen an  
58

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: U 2

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landeparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Nein zum staatlichen Tierwohllabel – Ein Tierwohllabel kann sozialdemokratische Kritik nicht ersetzen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels wurde vom Landwirtschaftsminister Christian  
4 Schmidt verstoßert. Es begann damit, dass der Minister auf der Grünen Woche 2017 statt eines  
5 irgendwie ausformulierten Konzeptes lediglich das Logo für das neue Label vorstellte. Wir  
6 Sozialdemokrat\*innen haben diese merkwürdige Präsentation zu Recht kritisiert. Unsere Kritik  
7 am Tierwohllabel sollte aber wesentlich grundsätzlicher sein. Nicht nur setzt dieses auf der  
8 fragwürdigen privatwirtschaftlichen „Initiative Tierwohl“ auf, auch hat sich selbst der eher  
9 konservative Tierschutzbund von dem Label distanziert. Wir Sozialdemokrat\*innen müssen nun  
10 aufpassen. So problematisierte etwa die Verbraucher\*innenschutzorganisation Foodwatch: „Der  
11 Wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium erwartet für das freiwillige  
12 Tierwohl-Label einen Marktanteil von vielleicht 20 Prozent. Im Umkehrschluss bedeutet das: Die  
13 Bundesregierung duldet für 80 Prozent der Nutztiere weiterhin vermeidbare Krankheiten,  
14 Schmerzen und Leiden! Ein freiwilliges Label ist der grundfalsche Ansatz, weil es für Millionen  
15 von Tieren keinerlei Verbesserungen bringen wird und uns weiter weg bringt von der dringend  
16 gebotenen Lösung für 100 Prozent der Nutztiere.“ Hüten müssen wir uns auch vor sogenannten  
17 Rebound-Effekten. Wenn viele Konsument\*innen glauben die minimalen Verbesserungen  
18 machen den Tierkonsum unproblematischer und öfter zu Tierprodukten greifen kann sich  
19 Gesamtleidenssumme unterm Strich sogar vergrößern. Ein viel plausiblerer Tierschutz- und  
20 auch Klimaschutzansatz wäre hingegen auf eine verringerte Tierproduktion und einen  
21 verringerten Tierkonsum zu setzen. Dafür müssten die Gemeinsame Agrarpolitik der  
22 Europäischen Union entsprechend umgestellt werden. Außerdem müsste der ermäßigte  
23 Mehrwertsteuersatz des nicht meritokratischen Gutes Fleisch fallen. Durch eine sozialpolitische  
24 Flankierung könnte dies für viele Menschen kostenneutral geschehen. Die Abschaffung dieses  
25 Steuerprivilegs würde dafür sorgen, dass der Fleischkonsum um ca. 5% sinkt, umgerechnet in  
26 Schweineäquivalenten wären das ca. drei Millionen Tiere.

27

28 **Wir fordern deshalb:**

- 29 • Kein Cent und keine Bewerbung eines Tierwohllabels
- 30 • Die Umstellung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Nachhaltigkeit
- 31 • Die Steuerprivilegierung von Fleisch endlich abzuschaffen

32

33 **Begründung:** Erfolgt mündlich!

34

35

36

37  angenommen

38  abgelehnt

39  überwiesen an

40

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: U 3

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landeparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Lebensmittelverschwendung ernsthaft bekämpfen

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Wir meinen es mit der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung ernst. Daher muss die im  
4 Wahlprogramm 2017 angedachte nationale Strategie gegen Lebensmittelverschwendung vor  
5 allem auch den Ressourcenverbrauch von Lebensmitteln berücksichtigen. Denn wenn wir auf  
6 einer Fläche 1kg Fleisch oder 160kg Kartoffeln produzieren können, hat die Verschwendung  
7 von 1kg Fleisch ein deutlich größeres Gewicht. Wir sollten folglich auch dazu kommen, ein  
8 effizienteres Ernährungssystem zu wählen.

9  
10 Wir betrachten folglich den hohen Tierkonsum als Lebensmittelverschwendung.

11  
12  
13

14 **Begründung:**

15  
16  
17

- 18  angenommen  
19  abgelehnt  
20  überwiesen an

21

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: U 4

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Keine (Wild)-tiere im Zirkus

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Der Zirkus Krone ist nun 111 Jahre und feiert sein Jubiläum. Stolz ist dieser Zirkus vor allem  
4 auf die fragwürdigen Darbietungen mit Wildtieren, bei denen zum Beispiel ein Elefant einen  
5 Kopfstand macht. Doch Tradition rechtfertigt keine Tierquälerei. Der Bundesrat hat im März  
6 2016 bereits zum dritten Mal bestätigt, dass Wildtiere (insbesondere Elefanten, Großbären,  
7 Nashörner, Flusspferde, Menschenaffen, Giraffen) in einem Zirkus nicht tierschutzgerecht  
8 gehalten werden können (BR-Drs. 78/16). In dem Entschluss wird fundiert dargelegt, dass  
9 Wildtiere systemimmanent in reisenden Zirkusbetrieben leiden. So z.B. durch die extrem  
10 beengte Unterbringung in Transportwagen und provisorischen Gehegen, zum anderen durch  
11 die fehlenden Rückzugs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem geht von den genannten  
12 Tieren sowie auch von Raubkatzen (z.B. Löwen oder Tigern) ein hohes Gefahrenpotenzial aus.  
13 Immer wieder brechen Zirkustiere aus und sorgen für Polizeieinsätze, im schlimmsten Fall  
14 werden sie zur Gefahr für die Bevölkerung. So z.B. im Juni 2015 als in der Stadt Buchen  
15 (Baden-Württemberg) ein Elefant einen Passanten zu Tode gedrückt hat.  
16 21 europäische Länder, darunter die Niederlande, Österreich und Belgien, haben aus  
17 Tierschutzgründen bereits das Mitführen von Wildtieren im Zirkus verboten oder eingeschränkt.  
18 Auch zwei Drittel der Deutschen lehnen Wildtiere wie Elefanten, Giraffen oder Tiger in  
19 Zirkussen ab, wie eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag von  
20 „Frontal 21“ (03.03.2015) ergab. Bereits über 70 deutsche Städte und Gemeinden, wie z.B.  
21 Düsseldorf, Erfurt, Köln, Leipzig, Potsdam, Rostock, Saarbrücken, Schwerin, Stuttgart oder  
22 Ulm haben bereits vollständige oder teilweise kommunale Verbote für Wildtierzirkusse  
23 beschlossen und vermieten öffentliche Plätze nicht länger an Wildtierzirkusse. Mehrere  
24 Gerichtsentscheidungen bestätigen die Rechtmäßigkeit kommunaler Wildtierverbote sowie  
25 deren Verhältnismäßigkeit gegenüber der Berufsausübungsfreiheit von Zirkussen. Denn jede  
26 Kommune hat in Deutschland ein Recht auf Selbstverwaltung und dazu gehört ein weiter  
27 Gestaltungsspielraum bei städtischen Flächen. (vgl. VG München 06.08.2014 Az. M 7 K  
28 13.2449, VG Darmstadt 17.10.2016 Az. 3L 2280/16, HessVG 19.10.16. Az. 8 B 2611/16)

29  
30 **Wir fordern daher:**

- 31 • Ein allgemeines Verbot von Wildtieren in Zirkussen in Deutschland
- 32 • Solange dies noch nicht erreicht ist, sind Kommunen aufgefordert, keine Auftritte von
- 33 Wildtierzirkussen zu lassen.

34  
35 Längerfristig muss es unser Ziel sein, nicht nur Wildtiere, sondern alle Tiere aus Zirkussen zu  
36 befreien.

37  
38 **Begründung:**

39 Erfolgt mündlich!

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: U 5

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bezirksparteitag, S&D-Fraktion im EU-Parlament

Betr.: Saatgut ist Kulturgut – ein überlebensnotwendiges Erbe in Gefahr

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Zulassungsvoraussetzungen für Amateursorten vereinfacht werden. Insbesondere bei alten Sorten von Gemüse muss hier einerseits eine preisgünstige Alternative andererseits überhaupt die Zulassung derer wieder ermöglicht werden. Zusätzlich setzt die die SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, dass jene Rahmenbedingungen geschaffen werden, die notwendig sind, um die Erhaltung und Nutzung der Arten- und Sortenvielfalt zu gewährleisten.

9  
10 **Begründung:**

11 Seit tausenden von Jahren haben Bauern und Gärtner alljährlich einen sorgfältig ausgesuchten Teil ihrer Ernte aufbewahrt und bei den nächsten Aussaaten weiter genutzt. Durch diese Tradition entstand in einem stetigen Anpassungsprozess an nicht zuletzt im Klimawandel veränderliche Standorte und Bedürfnisse ein riesiger Kulturschatz an vitalen und robusten Sorten unserer Kulturpflanzen. Diese genetische Vielfalt ist unser aller kulturelles Erbe. Allerdings sind in den letzten Jahrzehnten bis zu 90% dieser bewährten samenfesten Sorten mit ihrer breiten genetischen Ausstattung aus unseren Gärten und von unseren Äckern verschwunden. Das Aufgeben von Nutzgärten und der Tradition der eigenen Saatgutnutzung haben hierzu ebenso beigetragen, wie die Verwendung neuer, einheitlicher Hochleistungssorten. Darunter sind solche, die an maschinelle Ernteverfahren oder bestimmte Pestizide angepasst sind und auch Hybridpflanzen, die nur im ersten Anbaujahr Höchstserträge bringen und von denen daher kein Saatgut genommen wird. Die Streichung aus den amtlichen Listen für zugelassene Handelssorten führten bei vielen Kulturarten nahezu unbemerkt zur fast vollständigen Verdrängung der samenechten Sorten.

25 Weltweit, auch in Deutschland schreitet die Monopolisierung auf dem Saatgutmarkt fort.

26 Vielfach regional arbeitende, kleine bis mittelständische Zuchtunternehmen der alten Bundesländer konnten nicht überleben. Den größten Verlust an Sorten und Wissen in der deutschen Geschichte aber verzeichnen wir durch die Abwicklung der Saatzuchtwirtschaft an den verschiedensten Standorten der ehemaligen DDR. Alle Errungenschaften einer eigenen Sortenentwicklung wurden damit abrupt gestoppt.

31 Das Problem der Hochleistungssorten im bereits zentralisierten Einzelhandel stellt eine

32 Verringerung der Auswahl dar. Gerade kleine Hofläden, Landwirte oder im eigenen Gemüsegarten: Die Produktvielfalt kann groß sein. Es darf nicht sein, dass die Regierung vorschreibt, welches Produkt gekauft werden darf, sondern vielmehr sollte der potenzielle Käufer entscheiden können, welche Produkte er erwerben möchte (freie Marktwirtschaft!).

36 Runde Kartoffeln sind zwar einfach zu schälen, aber wenn die leicht knollige Sorte, dem Käufer besser mundet, sollte ihm dies nicht verwehrt werden.

38  
39  
40



**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: U 6

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress, S&P-Fraktion im Europäischen Parlament

Betr.: Mikroplastik

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2  
3 Viele Gewässeruntersuchungen zeigen bereits, dass sich in unseren Gewässern und im  
4 Grundwasser sekundäres<sup>1</sup> und primäres<sup>2</sup> Mikroplastik befindet.  
5 Mikroplastik ist eine unsichtbare und schleichende Gefahr für Tier und Mensch. Häufig gelangt  
6 es über das Abwasser in den Kreislauf, aber auch der Reifenabrieb von Fahrzeugen führt dazu,  
7 dass Mikroplastik in die Natur gerät. Tiere und Pflanzen nehmen Mikroplastik über das Wasser  
8 auf, jene wiederum werden von uns als Lebensmittel konsumiert und stellen auch eine  
9 gesundheitliche Gefahr für uns dar.  
10 Bislang sehen die Produzent\*innen in der Wirtschaft keinen dringenden Handlungsbedarf,  
11 sondern ignorieren das Problem. Ob Duschgel oder PET-Flasche, viele Konsument\*innen  
12 werden täglich damit konfrontiert und nur die wenigsten kennen die Gefahren jener  
13 Substanzen, die sie unbemerkt zu sich nehmen.

14  
15 Deshalb fordern wir:

- 16 - Ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten
- 17 - Die Einführung einer weitere Klärstufe in Wasseraufbereitungs- und Kläranlagen, um  
18 Mikroplastik im Trinkwasser zu reduzieren
- 19 - Eine Aufklärungskampagne über die Verbreitung und die Risiken von Mikroplastik, um  
20 die Öffentlichkeit stärker dafür zu sensibilisieren
- 21 - Die Untersuchungskriterien bei Gewässeruntersuchungen auf Mikroplastik auszuweiten
- 22 - Die Einrichtung einer Stelle innerhalb der EU-Kommission, die europaweit eine  
23 einheitliche gesetzliche Regelung schafft und einen Gesetzesentwurf für eine  
24 Plastiksteuer erarbeitet, die Plastiksteuer darf nicht zu Lasten der Konsument\*innen,  
25 sondern muss zu Lasten der Hersteller\*innen eingeführt werden

26  
27 Außerdem fordern wir die SPD auf, auf ihren parteieigenen Veranstaltungen auf Getränke aus  
28 Plastikflaschen sowie Plastik-Einweggeschirr zu verzichten.

29 Begründung:

30  
31 **Begründung:**  
32 Erfolgt mündlich!

---

<sup>1</sup> Unter sekundärem Mikroplastik versteht man Plastik, welches ursprünglich eine andere Form hatte. Der Abrieb von Autoreifen beispielsweise oder PET-Flaschen und Plastiktüten, die durch Wasser und UV-Strahlung aufreißt und so als Mikroplastik in unsere Gewässer gelangen.

<sup>2</sup> Unter primärem Mikroplastik versteht man winzige Kunststoffteilchen, die zum Beispiel Kosmetikprodukten beigefügt werden.

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: O 1

Antragsteller: Unterbezirk Kassel-Land

Adressat: SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bezirksvorstand

Betr.: Auflösung und Streichung der Unterkreise im Bezirk  
Hessen-Nord

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

- 2
- 3 1. Der SPD-Bezirk Hessen-Nord streicht
- 4 a. §2 Abs. 3 komplett
- 5 b. das Wort „Unterkreis“ im jeweiligen Absatz
- 6 aus der Satzung des SPD-Bezirks Hessen-Nord.
- 7 2. Die noch existierenden Unterkreise werden mit Wirkung zum 30.06.2018 aufgelöst. Die
- 8 vorhandenen Geldmittel werden auf die Ortsvereine der ehemaligen Unterkreise
- 9 aufgeteilt.
- 10 3. Das Budget der Unterkreise wird zukünftig den Ortsvereinen zugesprochen.
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16

17 **Begründung:**

18 Erfolgt mündlich.

19

20

21

- 22  angenommen
- 23  abgelehnt
- 24  überwiesen an
- 25

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: O 2

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Betr.: Wir schreiten nicht Seit an Seit mit Nazis

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Das Lied "Wir schreiten Seit an Seit", von Hermann Claudius, wird bei keiner unserer  
4 Veranstaltungen mehr gesungen. Es wird nach einer Alternative gesucht.

5

6 **Begründung:**

7 Hermann Claudius war unter anderem als freier Schriftsteller tätig und erlangte hierüber  
8 Bekanntschaft. Seine frühen Werke sind der Arbeiter\*innendichtung zuzurechnen.

9 Während des Ersten Weltkriegs schrieb er kriegsbegeisterte, nationalistische Gedichte. In der  
10 Weimarer Republik engagierte er sich zunächst in der Jugendarbeit der SPD und in den  
11 sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, schrieb sozialdemokratische Lieder und Stücke.

12 Seine politische Haltung wandelte sich im weiteren Verlauf jedoch grundlegend zum  
13 Nationalismus. Claudius veröffentlichte im völkischen Verlag Albert Langen-Georg Müller.

14 Er wurde Mitglied in der nationalsozialistisch ausgerichteten, von Börries Freiherr von  
15 Münchhausen seit Beginn der 1930er Jahre betriebenen und gegen die Sektion für Dichtkunst  
16 der Preußischen Akademie der Künste gegründeten Deutschen Dichterakademie.

17

18 Nach der Machtübernahme der Nationalsozialist\*innen und ihrer deutschnationalen  
19 Bündnispartner\*innen wurden die liberalen, linken und jüdischen Mitglieder der Sektion  
20 Dichtkunst in der Preußischen Akademie der Künste wie Heinrich und Thomas Mann, Käthe  
21 Kollwitz, Leonhard Frank oder Ricarda Huch zum Austritt gezwungen. Zu den Neumitgliedern,  
22 die an ihre Stelle traten, gehörte unter anderem Hermann Claudius.

23

24 Er war einer der 88 deutschen Schriftsteller\*innen, die 1933 das Gelöbnis treuester  
25 Gefolgschaft für Adolf Hitler unterzeichneten. Hermann Claudius war Vorstandsmitglied des  
26 1936 gegründeten Eutiner Dichterkreises, einer der bekanntesten Autorengruppen im  
27 nationalsozialistischen Deutschland. Er nahm 1934 außerdem an den "Lippoldsberger  
28 Dichtertagen" konservativer, völkischer und nationalsozialistischer Autor\*innen teil. Seine  
29 Veröffentlichungen im Nationalsozialismus bewegten sich zwischen pathetischer Frömmigkeit  
30 und klarer literarischer Unterstützung des NS-Regimes, so zum Beispiel in einem Gebet für  
31 Adolf Hitler, welches 1940 unter dem Titel Deutschland: „Herrgott steh dem Führer bei,/Daß  
32 sein Werk das deine sei“ erschien. Seine Texte erschienen aufgrund ihres propagandistischen  
33 Werts in der Krakauer Zeitung, dem führenden NS-Organ, hier war Claudius mit mehr als 50  
34 Texten vertreten.

35

36 Nach dem Ende des Nationalsozialismus beteiligte sich Claudius erneut an den von Hans  
37 Grimm 1949 wiederbegründeten Lippoldsberger Schriftsteller\*innentreffen. Mit dabei waren vor  
38 allem NS-belastete Autor\*innen wie Wilhelm Pleyer oder Will Vesper, „die den  
39 Nationalsozialismus im Rückblick rechtfertigen“ wollten.

40

41 Hermann Claudius wird von der seriösen Literaturkritik und Literaturwissenschaft, außer im  
42 Kontext von „Literatur im Nationalsozialismus“, nicht weiter rezipiert. Alte und neue Texte

43 fanden kaum mehr Verleger, positiv gewürdigt wurde er nach 1945 jedoch weiterhin regelmäßig  
44 von rechtsradikalen Medien und Autor\*innen, im rechtsextremistischen Milieu findet er noch  
45 heute Beachtung.

46

47

48  angenommen

49  abgelehnt

50  überwiesen an

51

**Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen  
Ord. Bezirkskonferenz 2018 • Korbach • Bürgerhaus**

Antrag: O 3

Antragsteller: Bezirksvorstand

Adressat: SPD-Landesparteitag, SPD-Landesvorstand, Juso-Landeskonferenz

Betr.: Diskussionsforen auf SPD-Landesebene

1 Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

2

3 Der SPD-Landesverband Hessen wird aufgefordert, die Möglichkeit zu prüfen im Internet  
4 moderierte Diskussionsforen auf Landesebene einzuführen, um engagierten Mitgliedern die  
5 Möglichkeit zu bieten sich auszutauschen und themenbezogenen arbeiten zu können.

6

7

8 **Begründung:**

9

10 Unser gesamtes politisches Engagement findet in unserer Freizeit statt. Während wir Vollzeit in  
11 einem Betrieb arbeiten, zur Schule gehen, studieren oder eine Ausbildung machen, leisten wir  
12 unsere politische Arbeit so zu sagen „nebenbei“. Dabei ist es ganz natürlich und  
13 wünschenswert, dass viele politisch aktive Menschen eigene Interessengebiete „von außen“ mit  
14 in die Parteipolitik bringen oder in der Partei neue Interessen entdecken. Mit Freude können wir  
15 beobachten, wie sich im Laufe der Zeit ganze SpezialistInnengruppen herausgebildet haben,  
16 die mit ihrem Fachwissen unsere Diskussionen und formellen Anträge qualitativ aufwerten.  
17 Dieser Vorgang ist universell beobachtbar und findet nicht nur auf Bezirks- oder Landesebene  
18 statt. Auch in ländlichen Ortsvereinen in ganz Hessen warten inhaltsstarke Genossinnen und  
19 Genossen auf die Möglichkeit zur Beteiligung an themenbezogenen Diskussionen.  
20 Diese Möglichkeit muss wieder geschaffen werden. Schon in vergangenen Wahlkämpfen  
21 richtete die SPD auf unterschiedlichen Ebenen Diskussionsforen ein, um wichtige Impulse für  
22 die inhaltliche Arbeit mitnehmen zu können. Nun, wo wir einmal mehr über die strukturelle und  
23 inhaltliche Erneuerung unserer Partei diskutieren, werden solche Diskussionsforen im Internet  
24 unerlässlich. Die 200 Kilometer bis zum nächsten Landesparteitag darf für keine Genossin und  
25 keinen Genossen ein Hindernis sein, die Partei mit Fachwissen zu unterstützen.

26

- 27  angenommen
- 28  abgelehnt
- 29  überwiesen an

30